

Berlin, 02. Dezember 2020

Berliner Haushalt: Anforderungen an soziale Gerechtigkeit

Als Sozial- und Wohlfahrtsverbänden im Berliner Sozialgipfelbündnis – AWO, VdK, Volkssolidarität und SoVD – geht es uns sowohl um die wirtschaftliche und soziale Existenz, aber insbesondere auch um die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit vielfältigen Benachteiligungen – in und nach der Corona-Pandemie.

Seien es die Millionen Menschen in prekärer Beschäftigung und mit Niedriglöhnen; Aufstocker und Langzeitarbeitslose sowie ihre Bedarfsgemeinschaften in Hartz IV; Seniorinnen und Senioren, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen; Frauen, insbesondere Alleinerziehende. Ebenso stehen viele geflüchtete Menschen vor existenzieller Not.

Gleichzeitig geht es uns um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheits- und Pflegebereich sowie in den Versorgungsberufen mit ihren permanenten Belastungen und der gesundheitlichen Gefährdung. Die dringend erforderliche gesundheitliche Versorgung, Betreuung und Erziehung kann häufig nicht mehr aufrechterhalten werden. Betroffen sind Gesundheitsdienste, Krankenhäuser, Senioren- und Pflegeeinrichtungen, aber auch Kitas und Schulen bis zur Hochschulausbildung.

Wir möchten daher als Sozialgipfelbündnis dringend an Sie appellieren:

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen müssen für diese grundlegenden Bedarfe ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Genauso wichtig ist es, den in diesen wesentlichen Versorgungsbereichen bestehenden Personalnotstand endlich wirksam anzugehen.

Es ist für uns alle beschämend, dass es erst der gesundheits- und lebensgefährdenden Pandemie bedarf, um erneut diese existenzielle Herausforderung aufzugreifen.

Gerade die unverzichtbaren Gesundheits- und Pflegekräfte empfinden sicherlich Genugtuung über die gesellschaftliche Wertschätzung, zumal sie in der Vergangenheit häufig eher ein gesellschaftliches „Schattendasein“ erleben mussten.

Aber zur Wertschätzung gehören nach unserer Auffassung eine spürbare Erhöhung der Löhne und humane Arbeitsbedingungen, insbesondere Arbeitszeiten durch **ausreichende personelle Aufstockung**.

Sie als Abgeordnete sind hierbei besonders gefordert:

Wir können und dürfen uns nicht in und aus der Krise herausparen. Der haushalterische Rotstift darf nicht wieder einmal bei den schwächeren Gruppen in unserer Gesellschaft angesetzt werden. Vielmehr sind hier die erforderlichen zusätzlichen Leistungen auch finanziell ausreichend auszustatten.

Ein wichtiges Symbol hierfür wäre, wenn die Beschäftigten in den besonders betroffenen Versorgungsberufen nicht nur den immer wieder versprochenen Bonus mit Aufstockung auch des Landes Berlin von 1.500 Euro endlich alle erhalten.

Die gerade beschlossenen Tariferhöhungen müssen umgehend und vollständig umgesetzt werden. Hartz-IV-Empfängern muss eine Zusatzleistung von 100 Euro im Monat gewährt werden. Bei den durch die Jobcenter geförderten Tätigkeiten muss der höhere Berliner Mindestlohn von 12,50 Euro geleistet werden, und nicht lediglich der bundesweite Mindestlohn von 9,35 Euro mit der Erhöhung in Trippelschritten auf 10,45 Euro im Jahr 2022.

Wichtig ist weiterhin eine spürbare Anhebung der **Regelsätze** in der Grundsicherung über die beschlossenen Minischritte hinaus. Zudem müssen Intransparenz und Ungereimtheiten beseitigt werden – insbesondere die Minibeiträge spürbar angehoben werden für langlebige Konsumgüter, Bildung, Digitalisierung, Mobilität – um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes und der UN Behindertenrechtskonvention nach gesellschaftlicher Teilhabe überhaupt Rechnung zu tragen.

Zu beseitigen ist ebenfalls der Skandal in der Grundsicherung für **Armutsrentner**, dass beim Vermögen lediglich ein Freibetrag von 5.000 Euro vorgesehen ist und Kauf sowie Unterhaltung eines PKWs weitgehend ausgeschlossen werden.

In beiden Fällen der dringenden Aufstockung der Regelsätze in der Grundsicherung muss Berlin vorgehen.

Dabei haben Sie als Abgeordnete das Bundesverfassungsgericht im Rücken, das ebenfalls eine Grundsicherung angemahnt hat, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Als **SoVD** erlaube ich mir einen weiteren Hinweis: Vor wenigen Tagen hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller in einem viel beachteten Beitrag im Tagesspiegel angemahnt, dass bei der zu befürchtenden Verschärfung der Langzeitarbeitslosigkeit das Berliner Projekt zum Solidarischen Grundeinkommen ausgeweitet werden muss.

Unabhängig von der Frage, ob dies ein glücklicher Begriff ist, können wir feststellen, dass das Interesse an derartigen gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten und deren Umsetzung für Langzeitarbeitslose erheblich angewachsen ist. Weniger erfreulich ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Auch aus unserer Sicht ist es besser, Arbeit anstelle Arbeitslosigkeit zu finanzieren – zumal die angebotenen Tätigkeiten mit Berliner Mindestlöhnen oder Tariflöhnen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Unsere Recherchen in den Jobcentern haben jedoch ergeben, dass für eine wirkungsvolle Umsetzung bei weitem nicht die zusätzlich erforderlichen Personalstellen vorhanden sind.

Es bleibt somit die Gefahr, dass vor allem die leistungsfähigsten Arbeitslosen eine Beschäftigung finden und die benachteiligten Menschen, in höherem Lebensalter, mit Behinderungen, als Alleinerziehende oder Migranten, nicht ausreichend berücksichtigt werden können.

Ich appelliere an Sie als Abgeordnete, für die ausreichende personelle Aufstockung und Qualifizierung der Mitarbeiter in den Jobcentern zu sorgen.

Abschließend noch ein Wort zu der erforderlichen Versorgung mit ausreichendem und bezahlbarem **Wohnraum**.

- Dringend erforderlich ist ein Kataster der Bezirke über die Verfügbarkeit von Wohnraum und insbesondere barrierefreien Wohnungen. Dies muss regelmäßig überprüft und angepasst werden.
- Die auch nach der neuen einschlägigen Gesetzgebung immer noch bestehende Verpflichtung der Mieter zum Rückbau barrierefreier Einbauten auf ihre eigenen Kosten muss endlich beseitigt werden.
- Bei allen Bauvorhaben sind Architekten für barrierefreies Bauen verpflichtend einzubeziehen.

Schlussendlich ist dafür zu sorgen, dass für geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften schnellstmöglich eigene Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.